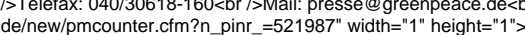




Greenpeace: Kein Aktionismus bei EEG-Umlage

Greenpeace: Kein Aktionismus bei EEG-Umlage
Energiewende braucht weiter dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien
Ein politisches Maßnahmenpaket aus verknappten CO₂-Verschmutzungsrechten, einer Reform der Stromsteuer und der Industriebegünstigungen ließe die Stromkosten nach einer Analyse von Greenpeace nachhaltig sinken. Die Vorschläge von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zur "Strompreis-Sicherung" lehnt die unabhängige Umweltschutzorganisation hingegen ab. Sie würden den Bau von EEG-Neuanlagen unkalkulierbar beeinträchtigen. Die Absenkung der Vergütung bei EEG-Bestandsanlagen wäre zudem rechtlich fragwürdig. Die Umweltschützer fordern Bundesregierung und Opposition auf, statt politischen Schnellschüssen fachlich ausgereifte Konzepte zu entwickeln. Dazu gehört vor allem die Entflechtung von EEG-Umlage und Börsenstrompreis. Altmaiers Vorschläge folgen einem taktischen Kalkül, sie sind unausgereift und gefährlich für die Energiewende", sagt Andree Böhling, Energie-Experte von Greenpeace. "Er bereitet den Einstieg in den Ausstieg aus dem erfolgreichen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vor. Wir brauchen jedoch auch weiterhin einen dynamischen Ausbau der Erneuerbaren." Einzig Altmaiers Vorstoß für eine stärkere Beteiligung der Industrie an der Ökostrom-Umlage und die Begrenzung von Privilegien bei der Eigenstromerzeugung sieht Greenpeace als Schritte in die richtige Richtung. Größter Preistreiber bei den Stromkosten ist nicht die garantierte Vergütung von Neuanlagen durch das EEG, sondern billige CO₂-Emissionszertifikate und sinkende Börsenstrompreise. EEG-Umlage könnte auf 3,3 Cent pro Kilowattstunde sinken. Auch der Vorschlag der SPD für eine Absenkung der Stromsteuer (Grundfreibetrag von 1.000 Kilowattstunden pro Haushalt) greift nach Ansicht von Greenpeace zu kurz. Er bekämpft nur Symptome und setzt nicht an den Fehlentwicklungen im Energiemarkt an. Die Stromsteuer muss hingegen grundlegend reformiert werden. Um 0,6 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh) könnte nach einer Greenpeace-Studie vom Oktober 2012 der Strompreis sinken, wenn Erneuerbare Energien von der Steuer befreit und im Gegenzug umweltschädlicher Kohle- und Atomstrom höher besteuert würde. Würden zudem nur noch diejenigen energieintensiven Betriebe beim Strompreis begünstigt, die von den Energiekosten im internationalen Wettbewerb tatsächlich benachteiligt sind, säne die derzeitige Umlage noch einmal um 1,4 Ct/kWh. Die EEG-Umlage könnte so insgesamt um zwei Cent pro Kilowattstunde von derzeit 5,3 Cent auf 3,3 Cent sinken. Der Kollaps beim Emissionshandel droht zu einer ernsten Gefahr für die Energiewende zu werden. Die Tonne CO₂ ist mit drei bis vier Euro so billig wie nie. Läge der CO₂-Zertifikatspreis bei 40 Euro pro Tonne wie es die EU-Klimakommissarin für das Jahr 2015 anstrebt, könnte die EEG-Umlage um einen Cent sinken. "Der Verfall der CO₂-Preise fördert die Verbrennung klimaschädlicher Braunkohle und gefährdet das EEG. Wer dies akzeptiert, handelt kurzsichtig und wenig verantwortungsvoll", sagt Andree Böhling. Rückfragen bitte an Andree Böhling, Tel. 0151-18053382 oder Pressesprecherin Cornelia Deppe-Burghardt, Tel. 0151-145 33087. Die genannten Studien finden Sie im Internet [gpurl.de/f04XB](http://www.gpurl.de/f04XB). Greenpeace e.V. Grosse Elbstrasse 39 22767 Hamburg Deutschland Telefon: 040/30618 -340 Telefax: 040/30618-160 Mail: presse@greenpeace.de URL: <http://www.greenpeace.de> 

Pressekontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Firmenkontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Seit 1971 setzt sich Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen ein. Gewaltfreiheit ist dabei das oberste Prinzip. Die Organisation ist unabhängig von Regierungen, politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen. Greenpeace arbeitet international, denn Naturzerstörung kennt keine Grenzen. Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivist*innen setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen. Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.